

Im Angesicht der Katastrophe

Der nahende Zusammenbruch des Erdsystems und die sozial-ökologische Transformation

Von Sighard Neckel

Schon vor einigen Jahren sprach der englische Soziologe John Urry vom „Katastrophismus“ des 21. Jahrhunderts. Damit meinte er das Ende der optimistischen Verheißungen auf eine bessere Zukunft in der langen Nachkriegszeit und den Ausbruch einer Kette schwerster Schockmomente nach dem Millennium. Tatsächlich reiht sich seit zwanzig Jahren eine Erschütterung an die nächste: Dem 11. September 2001 folgten die Kriege in Afghanistan und im Irak, die globale Finanzkrise 2008, die Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011, die islamistischen Terroranschläge, die Flüchtlingswelle 2015, der Absturz zahlreicher Demokratien in die Abgründe autoritärer Herrschaft, die schnelle Folge neu auftretender weltweiter Infektionskrankheiten wie Ebola, Vogelgrippe und Sars – und schließlich der Klimawandel mit seinen jüngsten Fanalen, den Flächenbränden in Australien und Sibirien, extremen Hitzeperioden – Basra erlebte Ende Juli 2020 den neuen Weltrekord von 51 Grad – und dem rasanten Abschmelzen des arktischen Eisschildes.

Die Coronapandemie und der nachfolgende Einbruch der globalen Wirtschaft dokumentieren somit nur endgültig, dass wir längst nicht mehr in einer Zeit bloßer „Krisen“ leben, sondern eine Katastrophenzeit erreicht haben, in der ein Kollaps der ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme nicht unwahrscheinlich erscheint.

Gewiss kannte auch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts Krisen und existenzielle Bedrohungen: Kalter Krieg, militärische Konfrontationen vom Nahen Osten bis nach Vietnam, weltweite Hungersnöte, die Ölkrise, Aids oder der Reaktorunfall von Tschernobyl stehen hierfür. Doch stellte sich mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Triumph der globalen Märkte noch einmal die Hoffnung auf ein grenzenloses Wachstum von Wohlstand, Demokratie und Sicherheit ein. Dass wir heute diese Hoffnungen vielfach begraben, hat nicht zuletzt mit einem Formwandel gesellschaftlicher Veränderungen zu tun. Wo der Zukunftsoptimismus des Millenniums noch auf einen stetigen Wandel hin zum Besseren setzte, sind wir nunmehr Zeitgenossen von plötzlich einsetzenden Geschehnissen, jenseits derer die gesellschaftlichen Zustände und der Zustand der Welt nicht mehr dieselben sind.

Die Coronapandemie ist hierfür nur das aktuellste Beispiel. Sie macht uns zu Zeitgenossen von Disruptionen, die weltweit die Gesellschaften erschüt-

tern. Disruptive Ereignisse entstehen plötzlich, sie verlaufen nicht linear und stellen alle bisherigen Pfadabhängigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in Frage. Auch das Erdsystem kennt solche Disruptionen, wenn die Absorptionskapazitäten des Planeten unwiderruflich überschritten sind.

Für mein eigenes Fach, die Soziologie, und insgesamt für die Sozialwissenschaften stellt solch disruptiver Wandel eine fundamentale Herausforderung dar. Die Soziologie ist prozessorientiert und hat eine Vorliebe für kontinuierliche oder – wie es in der Fachsprache heißt – inkrementalistische Wandlungsprozesse. Im disruptiven Wandel erhalten hingegen kritische Ereignisse und plötzliche Brüche besonderes Gewicht. Den Sozialwissenschaften gemeinsam ist weiterhin eine zumindest implizite Fortschrittsorientierung – demgegenüber verweist disruptiver Wandel auf die Möglichkeit von Rückschritt und Regression. Und schließlich konzentrieren sich die Sozialwissenschaften zumeist auf Ordnungen und Systeme – im Fokus des disruptiven Wandels stehen indes zerfallende Ordnungen, systemische Instabilitäten und Entropien.

Der »Tipping Point« als Signum der katastrophischen Moderne

Das Schlüsselwort dieser Schockmomente, die unseren Glauben an einen normalen Fortgang der Dinge erschüttern, ist der „Tipping Point“, wie wir ihn aus der Klimaforschung kennen: Kippunkte einer Entwicklung, die nicht mehr aufzuhalten ist; eskalierende Sprünge in sozialen oder natürlichen Prozessen mit eigendynamischen Zuspitzungen und unzähligen Dominoeffekten.

Das Paradebeispiel hierfür ist die Zerstörung des planetaren Ökosystems. Sie hat inzwischen Schwellenwerte erreicht, bei denen irreversible Umweltveränderungen bis hin zu einem Zusammenbruch des Erdsystems drohen. Wenn etwa die sibirischen Permafrostböden auftauen und Methangase den Treibhauseffekt so weit zusätzlich anheizen, dass sich der Jet Stream verlegt und permanent Warmluft nach Grönland führt, dann wird ein ansteigender Meeresspiegel weltweit Küstenregionen versenken und zugleich eine Hitzezeit mit einer Erderwärmung um bis zu 4 Grad ausbrechen. Halbe Kontinente würden sich in ökologische und zivilisatorische Wüsten verwandeln. Globale Klimakonflikte, zusammenbrechende Ökonomien, soziale Entropien und zerfallende Staaten wären die Folge.

Tipping Points kennen wir auch bei der Covid-19-Pandemie, wie überhaupt Covid-19 – wie es Bruno Latour kürzlich geschrieben hat – so etwas wie eine „Generalprobe für den Großen Klimakollaps“ ist. In der Coronapandemie sind Kippunkte stets dann erreicht, wenn die Infektionszahlen exponentiell ansteigen, sich also in immer kürzerer Zeit verdoppeln und die Rückverfolgung der Ansteckung chancenlos ist. Die Pandemie gerät dann vollkommen aus der Kontrolle. Der Unterschied zu den Kippunkten des Klimawandels ist, dass der Umschlag in eine Eskalation bei Covid-19 gleich zu Beginn des Infektionsgeschehens einsetzt, sofern die Ansteckungsketten nicht unterbrochen werden. Das Virus hat eine kurze Latenzzeit, um sich

dann rasend schnell zu verbreiten. Wuhan, Bergamo und New York waren die Orte, an denen sich dieses grausame Schauspiel in den ersten Wochen von Covid-19 vollzog, heute sind dies etwa die US-Staaten des Mittleren Westens, der Westbalkan oder der Iran. Demgegenüber geht dem Klimawandel eine schleichende Entwicklung mit einer langen Latenzzeit voraus. Die Tipping Points, an denen das Erdsystem möglicherweise kollabiert, stellen sich erst am Ende der Naturzerstörungen ein. Auch ist der Klimawandel viel komplexer als eine Viruspanemie. Da er von zahllosen Faktoren abhängig ist, sich in entfernten Regionen der Erde am stärksten bemerkbar macht, von seinen Ursachen her auf die gesamte Erde bezieht und sich zeitlich auf Jahrzehnte erstreckt, scheint für jeden Einzelnen das individuelle Verhalten relativ unbedeutend sein. Die Forschung spricht hier von den „hohen Skalierungseffekten“ des Verhaltens als Ergebnis der Zuordnung zu einer bestimmten Größe. Beim Klimawandel ist diese Bezugsgröße der ganze Planet. Was bedeutet schon der eigene ökologische Fußabdruck, wenn Milliarden Menschen ihn ebenfalls auf der Erde hinterlassen?

Covid-19 hingegen stellt für den Einzelnen eine direkte und aktuelle Gefährdung dar. Die Ansteckung kann in jedem Moment mit so kurzfristigen wie schwerwiegenden Folgen geschehen. Dass das individuelle Verhalten hochgradig relevant ist, leuchtet daher unmittelbar ein.

Dieser geringe „Skalierungseffekt“ verführt uns womöglich dazu, die Pandemie für ein viel schwerwiegenderes Ereignis zu halten als den Klimawandel und die Zerstörung des Ökosystems. Tatsächlich jedoch hat die Gefährdung durch eine Pandemie selbst dann ihre Grenzen, wenn es auf absehbare Zeit keine Impfung gegeben hätte. Denn Seuchen sind Ereignisse mit Anfang und Ende. Im schlimmsten Fall würde die pandemische Selbstregulation dafür sorgen, dass die Infektionsketten einbrechen, wenn ein hoher Durchseuchungsgrad die Verbreitungswahrscheinlichkeit des Virus minimiert. Allenfalls das wiederholte Auftreten vergleichbarer Viruspanemien lässt Infektionsrisiken über lange Zeiträume bestehen. Die Erderwärmung und die Naturzerstörung sind dagegen Katastrophen von unbestimmter Dauer, deren existenzielle Folgen sich nicht eingrenzen lassen.

Mehr als eine Naturkatastrophe: Das Anthropozän als globaler Umbruch

Ausgelöst sind beide Prozesse durch menschliches Handeln, durch gesellschaftliche Wirtschafts- und Lebensweisen. Auch Covid-19 ist kein reines „Naturphänomen“. Wie der Klimawandel ist das Coronavirus vielmehr Signum des Anthropozäns, jenem Zeitalter unserer Gegenwart, in dem die menschliche Aktivität zur entscheidenden Kraft bei der Veränderung der Natur geworden ist. Die Coronapandemie wurde begünstigt durch die Störung von Ökosystemen, durch Eingriffe in natürliche Lebensräume und das Artensterben, wodurch Zoonosen – das Überspringen von tierischen Erregern auf den Menschen – wahrscheinlicher wurden. Seit den 1980er Jahren haben sich die Ausbrüche neu aufgetretener Infektionskrankheiten alle zehn Jahre

mehr als verdreifacht, wie die epidemiologische Forschung festgestellt hat. Mehr als zwei Drittel dieser Krankheiten – darunter Ebola, HIV, Schweine- und Vogelgrippe – gehen auf Tiere und zumeist Wildtiere zurück. Die Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten für die schnelle Verbreitung der entsprechenden Viren über die Kontinente hinweg gesorgt. So dauerte es in der Coronapandemie nur ganze sechs Wochen, bis – einmalig in der bisherigen menschlichen Seuchengeschichte – Sars-CoV-2 überall auf dem Erdball grassierte. Gleichwohl gibt es Unterschiede, was die globale Unausweichlichkeit des Infektionsrisikos einerseits, der Erderwärmung andererseits betrifft. Die Coronapandemie kann offenbar durch harte Maßnahmen wie die Isolation von Infektionsgebieten zumindest zeitweilig eingedämmt werden. Sie stellt damit insofern tatsächlich ein Risiko dar, als die Gefährdung durch Covid-19 auch handlungsabhängig ist. Demgegenüber trifft die Erderwärmung jene Regionen des globalen Südens am meisten, die am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Für sie ist der Klimawandel eine Gefahr, der sie durch eigene Anstrengungen gar nicht ausweichen können.

Dass der Klimawandel ein anthropogener Prozess ist, bestreiten heute nur noch die politische Rechte und Lobbyisten der fossilen Industrie. Hervorgerufen wurde er durch hohe Emissionen aus fossiler Energienutzung und einem seit Jahrzehnten eskalierenden Ressourcenverbrauch. Die Erderwärmung, die Vergiftung von Luft, Wasser und Böden, der Verlust an Biodiversität und die damit einhergehenden ökologischen Gefahren gehören zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wenn nicht der Menschheitsgeschichte. Vollkommen ungewiss ist, ob zivilisierte Gesellschaften die Folgen einer ungebremsten Erwärmung ohne schwerste Schäden überhaupt überstehen. Da die dem Erdsystem inhärenten biophysischen Prozesse die Stabilität des Planeten regulieren, dürfen sich die anthropogen verursachten Veränderungen lediglich innerhalb bestimmter Parameter bewegen. Statistische Wahrscheinlichkeiten geben Auskunft darüber, was eintreten könnte, wenn sich die Erde in den nächsten Dekaden um zwei, drei, vier oder mehr Grad erwärmt. Schon ist die Rede von einer „unbewohnbaren Erde“ (David Wallace-Wells), sollte der Katastrophismus des 21. Jahrhunderts die Menschheit mit Hitzewellen, Überflutungen, versauerten Ozeanen, Flächenbränden und wiederkehrenden Seuchen überziehen.

In der soziologischen Gesellschaftsdiagnose – um erneut auf mein eigenes Fach zu sprechen zu kommen – ist die überaus hohe Anfälligkeit moderner Sozialordnungen für ökologische Krisen und Katastrophen bei allem akademischen Phlegma mitunter durchaus frühzeitig vermerkt worden. 1986 gab Ulrich Beck in seiner „Risikogesellschaft“ die Grundrichtung an, als er feststellte, dass „in der fortgeschrittenen Moderne die gesellschaftliche Produktion von *Reichtum* systematisch einhergeht mit der gesellschaftlichen Produktion von *Risiken*“ und dass im Modernisierungsprozess „Selbstbedrohungspotentiale in einem bis dahin unbekanntem Ausmaße freigesetzt werden“. Anfang der 1990er Jahre ergänzte in seiner „Soziologie des Risikos“ Niklas Luhmann: „Die ökologischen Risiken, auf die das Gesellschaftssystem sich einlässt, haben den Charakter unvorhersehbarer Effektkumula-

tionen, Schwellenüberschreitungen, plötzlich eintretender Irreversibilitäten und nicht mehr kontrollierbarer Katastrophen.“

»Kollapsologie« als neue Denkrichtung

Heute haben wir ein Zeitalter erreicht, in dem diese „nicht mehr kontrollierbaren Katastrophen“ zu einer unmittelbaren Wirklichkeit geworden sind, die noch in diesem Jahrhundert zu einem Kollaps des Erdsystems führen könnte. Wie eine zwangsläufige Konsequenz im Selbstverständnis unserer Zeit muss es wirken, dass in der Wissenschaft die Denkrichtung der „Kollapsologie“ international an Anhängern gewinnt. Insbesondere in den Erdsystemwissenschaften wächst die Zahl der Experten, die sich auf einen globalen Zusammenbruch einrichten. Die Wahrscheinlichkeit, dass das ökologisch desaströse System des fossilen Kapitalismus kollabiert, erscheint größer, als dass es noch rechtzeitig umgebaut werden könnte. Die Utopie scheint die Seiten gewechselt zu haben: Es sind die Utopisten des Bestehenden, die glauben, dass alles so weitergehen kann, während die Realisten des Kollapses ihre Energien dafür verwenden, die Welt nach ihrem Zusammenbruch neu zu denken.

Tatsächlich gibt die kapitalistische Organisationsweise von Gesellschaft, Naturverhältnissen und Ökonomie wenig Anlass, auf die Möglichkeit tiefgreifender Veränderungen zu hoffen. Der globale Kapitalismus der Gegenwart hat vielmehr drei schwerwiegende Probleme gleichzeitig hervorgebracht, an denen er jetzt zu scheitern droht: geringes bzw. stagnierendes Wachstum, zunehmende Ungleichheit und die ökologische Krise.

Wachstum, Ungleichheit und Klimaschutz stehen sich unter kapitalistischen Vorzeichen gegenseitig im Wege. Wenn es ökologisch geboten ist, auf ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis zu verzichten, wird dies die Ungleichheit anwachsen lassen, sofern keine gravierende Umverteilung geschieht. Aber auch die Begrenzung der Ungleichheit korrespondiert nicht unbedingt mit einer ökologischen Politik. Die traurige Wahrheit ist, dass es nicht zuletzt der Fortbestand der weltweiten Ungleichheiten und der extremen Unterschiede im Lebensstandard ist, der die globalen CO₂-Emissionen eindämmt und die Erderwärmung begrenzt. Ein Wachstum wiederum, das Umverteilung erlaubte und die globalen Ungleichheiten deutlich verringerte, wäre für den Planeten ruinös und brächte das Erdsystem noch näher an die Gefahr eines Kollapses heran. Ein kapitalistisches Weltsystem, das noch Wachstum und Profite generieren will, nimmt damit immer höhere soziale und ökologische Kosten in Kauf, bis es sich schließlich selbst in Frage stellt.

Doch welche Chancen bestehen, die Katastrophenzeit zu beenden, Widerstandsfähigkeit gegen Pandemien zu entwickeln, das Erdsystem vor einem Kollaps zu bewahren? Wie fundamental muss der gesellschaftliche Wandel sein? Die Coronapandemie und die ökologischen Notstände unserer Zeit haben – so wollte ich zeigen – gemeinsame Ursachen. Lassen sich aber auch gemeinsame Lösungen finden? Tatsächlich können wir im Wesentlichen zwei Strategien identifizieren, Katastrophen wie dem Klimawandel oder der

Coronapandemie zu begegnen. Kurzgefasst sind dies Modernisierung und Kontrolle.

Modernisierung als strukturelle Erneuerung kapitalistischer Ökonomie

Die Modernisierungsstrategie steht für die strukturelle Erneuerung kapitalistischer Ökonomie durch Anpassung an veränderte ökologische Rahmenbedingungen. Hiermit ist in ökonomischer Hinsicht die Praxis verbunden, Märkte und Wettbewerb als vermeintlich effizienteste wirtschaftliche Instrumente für die ökologische Modernisierung in Dienst zu nehmen. Dies geht mit der Imagination eines neuen Fortschrittsoptimismus einher. Die Modernisierung von Institutionen und dem Wirtschaftssystem baut folglich auf wissenschaftliche Forschung, technologische Innovation und ökonomische Anreize, um Nachhaltigkeitsziele zu realisieren. Zur Eindämmung des Klimawandels sollen Wirtschaftswachstum, Emissionen und hoher Ressourcenverbrauch durch technischen Fortschritt entkoppelt und der CO₂-Ausstoß durch seine Bepreisung unrentabel werden. *Impact Investing* und *Sustainable Finance* gelten als geeignete Instrumente, um „grünes Wachstum“ zu generieren. Methoden des Geo-Engineering – also technische Eingriffe in das Klima und in den planetaren CO₂-Haushalt sowie die biochemische Beeinflussung der Atmosphäre – verkörpern die Wiederkehr eines Optimismus der Naturbeherrschung. Bei der Bekämpfung einer Pandemie wie Covid-19 wiederum gebietet die Modernisierungsstrategie, neue Impfstoffe und Medikamente zu finden, Infektionstests und Antikörpernachweise zu perfektionieren, Techniken des *Digital Health* wie etwa Tracing-Apps einzusetzen.

Im Vergleich hierzu ist die Kontrollstrategie autoritativ ausgerichtet. Sie setzt auf einen Maßnahmestaat, um Seuchen und ökologische Notstände zu bewältigen. In der Coronapandemie lernen wir dies als die Anordnung von Kontaktbeschränkungen, Isolation von Infektionsgebieten, Lockdown des öffentlichen Lebens, Grenzschließungen und die zeitweilige Aussetzung von Bürgerrechten wie Freizügigkeit und Versammlungsrecht kennen. Die Suspendierung von Bürgerrechten und mehr noch der Demokratie ist als „Blue Print“ auch in der Klimakrise ein Thema. Strukturell steht die Politik der Kontrolle im Zeichen der ökologischen Katastrophe. Zahlreiche Planungen in der Klima-Governance von Regierungen und Staaten gehen bereits davon aus, dass schwere ökologische Schocks und Instabilitäten des Erdsystems nicht mehr abzuwenden sind. „Disaster Management“ und „Climate Security“-Programme werden dadurch zum festen Bestandteil nationaler Sicherheitspolitik. Dem entsprechen Praktiken der Segregation, der Externalisierung, des Zwangs und der Überwachung, um Schäden in privilegierten Regionen und Sozialgruppen möglichst klein zu halten, während vulnerable Bevölkerungen allenfalls zum Objekt von Strategien zur gesamtgesellschaftlichen Resilienzsteigerung werden. Eingrenzung und nicht mehr Verhinderung von Katastrophen ist hier also das politische Handlungsziel, weshalb Gefährdungslagen nach Systemrelevanz, Sozialstatus und politischem Ein-

fluss segregiert und gestaffelt werden. Globalen Führungsschichten kann es auf diese Weise gelingen, sich in geschützte Enklaven zurückzuziehen, während vulnerable Bevölkerungen zunehmend ökologischen Gefährdungslagen ausgesetzt sind und ökologische Risiken soweit wie möglich dorthin externalisiert werden, wo man sich dagegen nicht wehren kann. Diese autoritative Kontrollstrategie ökologischer Katastrophen folgt einer partikularistischen Ethik und dem Vorrang der stärksten Handlungsmacht. Politischer Souverän ist dann, wer über den ökologischen Ausnahmezustand bestimmt.

Die Kontrollstrategie oder der fatale Hang zum Öko-Autoritarismus

Allerdings ist die Auffassung, dass ökologische Notstände es notwendig machen, die liberale Demokratie zumindest zeitweilig oder teilweise zu suspendieren, nicht allein in den Planungstäben von Regierungen vorzufinden. Auch auf Seiten der Kritiker von Wachstumswahn und der ökologischen Verantwortungslosigkeit trifft man auf einen Hang zum Öko-Autoritarismus, der die liberale Demokratie selbst für den verheerenden Zustand des Planeten verantwortlich macht.

Nicht ganz wenige Aktivisten aus der Umweltbewegung und Experten des Klimaschutzes geben nichts mehr auf Wahlen, Parteienwettbewerb, Parlamente und Abstimmungen, wenn es gilt, die Erde zu retten. Ungewollt spielen sie damit autokratischen Regierungen in die Hände, unter denen sich kaum eine je um Umweltkrisen und die globale Erwärmung gekümmert hat. Doch vielleicht werden gerade jene Regierungen am schnellsten zu einer ökologischen Notstandsgesetzgebung greifen, die heute noch die hartnäckigsten Klimaleugner in sich versammeln.

Solange es nur die Alternativen von Modernisierung und Kontrolle gibt, stecken wir in einem Dilemma. Die Bekämpfung einer Pandemie wie Covid-19 erzwingt ein erfolgreiches Gegenhandeln in rasender Geschwindigkeit, während ihre Ursachen – so auch beim Klimawandel – langfristiger Natur sind. Ein Infektionsschutz, der allein auf das Instrumentarium einer Innovation von Impfstoffen, Medikamenten und Techniken der Nachverfolgung setzt, gerät damit leicht in die fatale Situation, in immer kürzerer Folge für jeweils neu auftretende Pandemien wirksame Gegenmittel finden zu müssen.

Daraus könnte die Zwangslage resultieren, dass Fehlschläge in den Strategien der medizinisch-technischen Innovation, die mit dem zahlreicheren Auftreten neuer Pandemien wahrscheinlicher werden, keine andere Möglichkeit lassen, als zum Zweck der Infektionskontrolle einen autoritativen Maßnahme-Staat zu errichten und wirken zu lassen. Dieser mag zwar kurzfristig handlungsfähig sein, muss dafür aber immer aufs Neue Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schleifen, ohne einen wirklich nachhaltigen Infektionsschutz bereitstellen zu können. Ähnliches lässt sich über den Klimawandel sagen, da die Strategien der ökologischen Modernisierung auf die tatsächliche Wirksamkeit technologischer Neuerungen und die Gewinnträchtigkeit „grüner“ Investitionen angewiesen sind. Autoritative Kontroll-

strategien wiederum spielen Klimaschutz und Nachhaltigkeit gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus. Dies nutzt letztendlich auch nicht dem Klima, da sich die Opportunitäten des autoritären Machterhalts jederzeit auch gegen den Klimaschutz richten können.

Transformation als die demokratische Alternative

Sowohl der Schutz vor Pandemien als auch die Begrenzung der Erderwärmung bedürfen daher einer weiteren Alternative. Notwendig sind ein grundlegender Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und eine Veränderung unserer Naturverhältnisse, sollen bei Pandemien wie Covid-19 und ebenso in der Klimakrise nicht Gesundheit und Nachhaltigkeit als auch die Demokratie auf der Strecke bleiben. Notwendig ist mit anderen Worten eine fundamentale Transformation, von der sowohl die Bekämpfung von Pandemien als auch die Begrenzung der Erderwärmung profitieren würde. Seine gemeinsamen Bezugspunkte hätte der alternative Entwicklungspfad der Transformation im Ausbau kollektiver Güter und Infrastrukturen bei gleichzeitiger Dekommodifizierung von Ökonomie, Natur und Daseinsvorsorge. Beides wäre notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung, die Funktionsweise unserer Infrastrukturen und die Formen der Lebensführung in Arbeit, Mobilität und Konsum zugleich am Gemeinwohl wie an der Erhaltung der planetaren Lebensgrundlagen orientieren zu können.

Dekarbonisierung und der Erhalt der Biodiversität sind Ziele, die sowohl dem Klimaschutz als auch der Abwehr weltweiter Gesundheitskrisen dienen. Hierzu tragen auch gewisse Formen der De-Globalisierung bei, um die unendliche wachsende und ressourcenvernichtende Zirkulation von Geld, Gütern und Menschen abbremsen zu können. Um den Raubbau an der Natur, aber auch die Erschöpfung menschlicher Gestaltungskräfte zu stoppen, bedarf es in Arbeit, Wirtschaft und Konsum der Suffizienz, also Obergrenzen in der Nachfrage nach Gütern und eines sozial-ökologisch verträglichen Maßes in der Verausgabung von Ressourcen und Kräften. Gesellschaftlich wird dies nur möglich sein durch eine Umverteilung von Einkommen, Besteuerung und Gewinnen, da ansonsten breite Bevölkerungsschichten die Kosten eines ökologischen Umbaus tragen müssen und sie in die Gegnerschaft gesellschaftlicher Transformationen hineingetrieben werden. All dies dient dem Ziel, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in einer nachhaltigen Weise zu organisieren, so dass der Stoffwechsel, in dem sich menschliche Gesellschaften mit dem Erdsystem befinden, nicht mehr zur Verheerung von beidem führt. Die beunruhigende Frage ist allerdings, ob uns die Katastrophenzeit des 21. Jahrhunderts für die Wirksamkeit solch fundamentaler Transformationen überhaupt noch ausreichend Zeit lässt. Darauf gibt es keine abstrakte Antwort, sondern nur eine, die das praktische Handeln der Menschen geben kann: entschlossen dafür zu streiten, dass für gesellschaftlichen Wohlstand nicht mehr länger der Preis einer irreversiblen Naturzerstörung zu zahlen ist.